Ressort: Lokales

Kükentöten: Bund lehnt Forderung aus Niedersachsen ab

Berlin, 26.04.2018, 07:46 Uhr

GDN - Die Bundesregierung plant im Zuge des Ausstiegs aus dem Kükentöten nicht, den Kauf von Maschinen zur Geschlechtsbestimmung im Ei zu fördern. Das hatte zuvor Niedersachsen gefordert.

"Mit rund fünf Millionen Euro hat der Bund für die Entwicklung von Verfahren zur Geschlechtsbestimmung im Hühnerei seinen Teil erbracht", sagte Bundesagrarrministerin Julia Klöckner (CDU) der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Donnerstagsausgabe). Entsprechende Maschinen sollen das bislang übliche millionenfache Töten männlicher Küken überflüssig machen. Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) hatte die Bundesregierung aufgefordert, speziell kleine Brütereien bei der Anschaffung derartiger Geräte zu unterstützen. Die Landesministerin sagte der Zeitung: "Die Bundesregierung muss hier überlegen, was sie will: So ein Ausstieg geht nur ganz oder gar nicht." Klöckner entgegnete, sie würde sich freuen, wenn Niedersachsen als großes Brütereiland sich bereit erkläre, "das Pilotland für die neuen Technologien in der Praxis zu werden." Mithilfe der Geschlechtsbestimmung im Ei werde das Kükentöten überflüssig. Deutschland sei mit den vom Bund geförderten Technologien weltweit Vorreiter. Klöckner rechnete vor, dass den Investitionen in den Brütereien auch Einsparungen gegenüberstehen: "Zum Beispiel müssen nicht mehr alle Eier ausgebrütet werden - das spart Energie und erhöht die Brutkapazität." Zum Zeithorizont des Ausstiegs äußerte sich die Bundesministerin zunächst nicht. Sie stellte klar: "Küken zu töten, weil sie keine Eier legen oder sich nicht für eine Mast eignen, ist ethisch nicht vertretbar. Das wird ein Ende haben." Das sah auch ihre Landeskollegin aus Niedersachsen so, die von einem "nicht hinnehmbaren Zustand" sprach. Otte-Kinast sagte, sie gehe davon aus, dass zum 1. Januar Schluss sei mit dem Kükentöten, weil die entsprechenden Maschinen in Betrieb gehen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-105253/kuekentoeten-bund-lehnt-forderung-aus-niedersachsen-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com